

A photograph showing a group of women in a dusty, arid environment carrying large, rectangular concrete blocks on their heads. They are walking towards the camera. In the background, several multi-story buildings are under construction, made of grey concrete blocks. The ground is dry and sandy. The women are wearing colorful, patterned skirts and headscarves. One woman in the foreground is wearing a bright pink t-shirt with a graphic and a blue skirt with large circular patterns. Another woman is wearing a purple and white striped shirt and a purple skirt. The overall scene suggests a construction site in a developing region.

Aufbau und Entwicklung

Wer Fluchtursachen bekämpfen will, muss sich Gedanken über seine Entwicklungspolitik machen. Was können Feldstudien hier leisten? Wie lässt sich die Entwicklungsfinanzierung auf eine vernünftige Basis stellen? Und müsste es angesichts der problematischen Folgen von Modernisierung nicht auch ein „Recht auf Nicht-Entwicklung“ geben?

Ludwig Jung, Julia Stricker, Waleria Schüle, Lisa Brahms

von Latrinen auf hygienische Art und Weise zu entleeren. Am Ende stünde idealerweise eine öffentlich-private Partnerschaft mit der Stadt, wie sie für den Haushaltsmüll bereits existiert. Alle Angestellten dieser Mikrounternehmen wurden in hygienischer Arbeitsweise geschult, sie tragen Schutzkleidung und transportieren den Fäkalschlamm zu den Stabilisierungsbecken, in die auch die Abwässer der „Zementstadt“ fließen.

Noch läuft nicht alles perfekt, und das Modell wird laufend angepasst. Wichtigstes Ziel ist es, ein System zu schaffen, das für alle Bewohner Nhlamankulos zugänglich und erschwinglich ist.

Ziel ist es, ein Modell zu schaffen, das für alle Bewohner zugänglich und erschwinglich ist

Der wortwörtlich sichtbarste Erfolg nach rund einem Jahr: Wenn die Arbeiter des Projekts die Latrinen in Nhlamankulo leeren, geschieht das am helllichten Tag. Nachbarn bleiben stehen und begutachten

die Ausrüstung, fachsimpeln über den Einfluss des Wetters auf die Konsistenz des Fäkalschlammes oder darüber, warum es falsch ist, Haushaltsabfall in die Latrinen zu entsorgen. Das Leeren der Latrinen ist aus dem Dunkel der Nacht ans Tageslicht gekommen. Allen ist bewusst, dass die Männer in den blauen Overalls eine Arbeit übernehmen, die für die Menschen in Nhlamankulo wichtig ist.

Zwei Drittel des Bevölkerungswachstums Mosambiks bis 2050 wird in Städten stattfinden, weltweit werden nach Schätzungen von UN HABITAT im Jahr 2030 zwei Milliarden Menschen in informellen, ungeplanten Stadtteilen leben. Nur mit der nötigen Infrastruktur für Wasser, öffentlich zugänglichem Raum, öffentlichem Transport und hygienisch einwandfreier sanitärer Versorgung werden Armut und sozial und infrastrukturell bedingte Gesundheitsunterschiede in Städten nicht weiter ansteigen. Nur so werden alle neuen Städter Zugang zu den Möglichkeiten haben, die das urbane Leben mit sich bringt. ••

Dr. med. Julia Stricker arbeitete im Rahmen ihrer Kolleg-Stagen in Maputo, Kapstadt und Kobe.

So bleiben, wie wir sind

Gibt es ein Recht auf Nicht-Entwicklung? Eindrücke aus Kenia

Waleria Schüle | „Bei uns auf der Insel gibt es drei Autos und 2000 Esel“, erklärt mir mein Reiseführer, während wir in einem Motorboot nach Lamu übersetzen, einer entlegenen Insel an der Ostküste Kenias. Stolz spricht aus seiner Stimme. Ich bin die einzige Touristin auf dem Boot; neben mir fahren Kinder, Frauen in bunten Schleiern und Männer mit wettergegerbten Gesichtern, die durchgewetzte Säcke voller frisch gefangener Krabben und Hummer bei sich haben.

Und tatsächlich, auf unserem Weg durch die verschlungenen Gassen von Lamu-Stadt müssen wir mehr als einmal trabenden Eseln ausweichen. Unser Vorankommen wird auch durch die zahlreichen Bekannten meines Reiseführers ausgebremst, die uns anhalten, um mich herzlich willkommen zu heißen. Von allen Ecken winken uns kichernde Kinder zu, bunt verschleierte kleine Mädchen strecken mir stolz ihre mit Henna bemalten Hände und Füße zum Bewundern entgegen. „Die Menschen hier sind glücklich“, bemerkt mein Reiseführer.

Die ostafrikanische Küste war über Jahrhunderte ein Schmelztiegel für unterschiedliche afrikanische, europäische, arabische, persische und indische Einflüsse, die sich mittlerweile in ihrer ursprünglichen Form nur noch in Lamu-Stadt wiederfinden. Lamu-Stadt ist die älteste Swahili-Siedlung Ostafrikas – seit 1370 ist sie kontinuierlich besiedelt. Dank ihrer authentisch erhaltenen Architektur und der traditionellen Lebensweise ihrer muslimisch geprägten Bewohner ist sie seit 2001 als UNESCO-Welterbe anerkannt.

Die Bewahrung dieser Ursprünglichkeit hat sich die Organisation „Save Lamu“ zum Ziel gesetzt. Mein Arbeitgeber, Natural Justice, eine Nichtregierungsorganisation, versucht ihnen dabei mit Rechtsbeistand zu helfen. Doch gibt es so etwas: ein Recht auf Nicht-Entwicklung? Dafür, dass Lamu Gefahr läuft,

aus seiner Beschaulichkeit gerissen zu werden und damit Charme und Lebensqualität zu verlieren, macht man bei Save Lamu in erster Linie Kenias „Entwicklungsagenda 2030“ verantwortlich. Als Teil dieser Agenda wird seit 2014 vor den Toren Lamus und inmitten des größten Mangrovenwalds Ostafrikas ein Megahafen gebaut, über den eines Tages Öl aus dem Südsudan, Kenia und Uganda auf den Weltmarkt fließen soll.

Kenias „Entwicklungsagenda 2030“ droht, Lamu aus seiner Beschaulichkeit zu reißen

Der Hafen bildet den Endpunkt des „Lamu-Hafen-Südsudan-Äthiopien-Transportkorridors“, einem von 51 Vorzeigeprojekten des „Afrikanischen Programms für Infrastrukturentwicklung“, einer Initiative von Afrikanischer Union, Afrikanischer Entwicklungsbank und der Neuen Partnerschaft für Entwicklung in Afrika. Neben dem Hafen in Lamu sieht das Projekt den Bau einer Ölpipeline, von Autobahnen und mehreren künstlich angelegten Millionenstädten vor. Außerdem soll in direkter Nachbarschaft zum Hafen das erste Kohlekraftwerk Kenias entstehen.

Im Zuge dieser Bauvorhaben wird mit einem Bevölkerungszuwachs von über einer Million Menschen in der derzeit bevölkerungsarmen Gegend um Lamu gerechnet. Bisher war Lamu nur über einzelne Flüge aus Nairobi oder eine zehnstündige, beschwerliche und von terroristischen Anschlägen gefährdete Bustour von Mombasa aus zu erreichen. Diese Abgeschiedenheit war den Bewohnern im Grunde ganz recht, erzählt mir Hadija, eine der Gründerinnen von Save Lamu. Denn seit der Zeit, in der Lamu als Protektorat dem Sultan von Oman gehörte, schauten die Menschen hier „eher gen Osten als gen Westen“.

Mit dem Zustrom von Wanderarbeitern befürchtet man einen Anstieg der Kriminalität und sieht vor allem die islamischen Werte in Gefahr. Einen offiziellen Plan, die Auswirkungen des Bevölkerungswachstums, einschließlich

des schon jetzt bestehenden Wassermangels abzufedern, gibt es nicht. Auch die Evaluierung der Umweltfolgen des Hafenausbaus ist lückenhaft und spiegelt die notorische Überlastung der kenianischen Umweltbehörde wider. Weder der

Die Glaubwürdigkeit der globalen Nachhaltigkeitsziele steht auf dem Spiel

Beseitigung der traditionellen Fischgründe noch der Zerstörung der Mangrovenwälder durch den Betrieb eines kommerziellen Hafens wird ernsthaft gegengesteuert. Die Klage von Save Lamu gegen die Verantwortlichen wegen mangelhafter Umweltevaluierung wird seit fünf Jahren erfolglos von Gericht zu Gericht weitergereicht. Erst jüngst hat das kenianische Kriminaldezernat die Leiter von Save Lamu wegen des Verdachts der Unterstützung terroristischer Aktivitäten vernommen.

Die Geschichte Lamus steht für eine Vielzahl von Entwicklungsprojekten, die derzeit die kulturelle, soziale und ökologische Integrität der Gegend untergraben, zu deren Förderung sie eigentlich beitragen sollen. Damit steht auch die Glaubwürdigkeit der globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung auf dem Spiel, die von der UN-Vollversammlung im September 2015 verabschiedet wurden; denn sie versprechen eine inklusive und nachhaltige Industrialisierung und eine sozial gerechte Entwicklung. ••

Waleria Schüle verbrachte ihr Mercator-Jahr in Lima, Kapstadt und Nairobi.

Viele Köche, wenig Brei

Warum die Entwicklungsfinanzierung in Addis Abeba kaum vorankommt

Lisa Brahm | Wenn Diplomaten nach langwierigen Verhandlungen übermüdet sind, dann stimmen sie im Zweifel irgendwann einfach zu. So jedenfalls war es wohl bei den Verhandlungen über das Abschlussdokument der Entwicklungsfinanzierungskonferenz in Addis Abeba. Nach monatelangen Verhandlungsrunden und vielen schlaflosen Nächten stand Mitte Juli, kurz vor Ende der Konferenz, endlich der finale Text der so genannten „Addis Abeba Action Agenda“.

Vor meiner Stage bei der EU-Delegation bei den Vereinten Nationen hatte ich Mühe, mir vorzustellen, wie so ein Prozess konkret abläuft. Einerseits fragte ich mich, wieso es Monate oder Jahre dauert, einen Text von 20 Seiten fertigzustellen. Das wurde aber dadurch relativiert, dass es ja immerhin darum geht, die Vertreter von nicht weniger als 193 Staaten dazu zu bekommen, gemeinsam einen Text zu schreiben. Für die EU-Delegation bedeutete das in der Praxis, dass jeder neue Textentwurf zunächst in eine Matrix übertragen wurde – eine Tabelle mit einer Zeile je Textabsatz und Spalten für die Kommentare der EU-Mitgliedstaaten und der EU-Institutionen. Diese wurde an die Ständigen Vertretungen der EU-Staaten geschickt, welche sie wiederum an ihre Hauptstädte und von dort weiter an die verschiedenen Ministerien sandten.

Wie das aussieht, wenn dann alle im „Änderungen nachverfolgen“-Modus ihre Kommentare einfügen, kann man sich vorstellen. Nachdem das Ganze in New York in stundenlangen Sitzungen EU-intern diskutiert wurde, gingen wir mit einer EU-Position in die Verhandlungen bei den Vereinten Nationen.

Allerlei Unstimmigkeiten

Der Aktionsplan von Addis Abeba behandelt das Thema Entwicklungsfinanzierung in sieben Kapiteln, den so genannten „Action Areas“: inländische öffentliche Ressourcen; Finanzierung aus privaten Quellen; internationale Entwicklungszusammenarbeit; Handel, Schulden, systemische Fragen sowie Wissenschaft, Technologie, Innovation und Kapazitätsaufbau.

Die Diskussionen im Verhandlungsprozess haben ein Problem deutlich zutage gefördert: Die Frage, wer Verantwortung trägt, ist zwischen Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern nach wie vor offen. Etwa, wenn es um das Prinzip der „gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortung“ geht. Diesem Prinzip liegt die Überlegung zugrunde, dass zwar alle Staaten prinzipiell dafür verantwortlich sind, zu nachhaltiger Entwicklung beizutragen, dass die Länder allerdings über ganz unterschiedliche Möglichkeiten und Ressourcen für die Umsetzung verfügen. Im Aktionsplan von Addis Abeba wird dieses Prinzip zwar genannt, allerdings nur in Bezug auf die Klimaverhandlungen. Die Gruppe der Entwicklungsländer in den UN, die G77, hatte eine Anwendung des Prinzips auf die gesamte Entwicklungsagenda gefordert, konnte sich damit aber nicht durchsetzen.

Uneinigkeit gab es auch hinsichtlich des Nord-Süd-Gefälles und der Süd-Süd-Kooperation. Obgleich Industrie- und Entwicklungsländer in den Verhandlungen zumeist entgegengesetzte Positionen vertraten, wurde von Seiten der EU betont, dass diese Zweiteilung nicht mehr zeitgemäß sei – auch die Schwellenländer sollten Verpflichtungen in Sachen Entwicklungszusammenarbeit eingehen, idealerweise mit konkreten Zielen. Hier konnte sich allerdings die G77 durchsetzen: Im Abschnitt zur Süd-Süd-Kooperation etwa werden keine konkreten und verpflichtenden Ziele genannt.

Nichtsdestrotz waren die G77-Staaten ebenso vom Ergebnis des Addis Abeba-Prozesses enttäuscht wie weite Teile der Zivilgesellschaft. So hatte die G77 gefordert, das so genannte „Expertenkomitee für internationale Zusammenarbeit in Steuerfragen“ zu einem zwischenstaatlichen Mechanismus aufzuwerten. Vor allem das Recht und die Fähigkeit, hier Normen zu setzen, sollten nach den Vorstellungen der Entwicklungsländer von der OECD auf die UN übertragen werden. Denn in der OECD sind die G77-Länder in deutlich geringerem Maße repräsentiert als in den Vereinten Nationen. Das sahen die EU, USA und Kanada anders, und es lässt sich auch nicht leugnen, dass die OECD an dieser Stelle hervorragende Arbeit leistet – zumal auch fraglich ist, ob eine Umwandlung des Expertenkomitees wirklich den von der G77 gewünschten Effekt erzielen würde.

Die Frage, wer für nachhaltige Entwicklung verantwortlich ist, bleibt umstritten